

Manfred Aschke

Von den armenischen Reformen 1913 zum Völkermord an den Armeniern 1915
Kontinuität und Wandel der Aufgaben der Deutsch-Armenischen Gesellschaft¹

An der Wiege der Deutsch-Armenischen Gesellschaft standen große Hoffnungen. Die Initiative zu ihrer Gründung wurde zu einem wesentlichen Teil durch den Vertrag über die armenischen Reformen in der Türkei beflügelt, der im Sommer 1913 zwischen der osmanischen Regierung und den europäischen Großmächten Russland, England, Frankreich und Deutschland verhandelt und am 8. Februar 1914 unterzeichnet wurde. Den engen Zusammenhang dokumentiert der Aufruf zur Gründung der Deutsch-Armenischen Gesellschaft mit folgenden Sätzen:

„Die politische Umgestaltung des Orients hat die Augen der europäischen Welt wieder auf Armenien gelenkt. Die Großmächte haben mit der hohen Pforte einen Reformplan für die von Armeniern bewohnten Provinzen Ostanatoliens vereinbart, um die Gefahren zu beschwören, die bei der Fortdauer der bisherigen Zustände von dort der Ruhe des Orients und dem Weltfrieden drohen. Es ist sichere Aussicht vorhanden, dass diesmal im Unterschiede von allen früheren Verhandlungen der armenischen Frage ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird. Es steht zu hoffen, dass die schlimmsten Übelstände beseitigt und dem armenischen Volke die Möglichkeit, sich kulturell und wirtschaftlich zu entfalten, in vollem Maße gegeben wird.

Hieran hat Deutschland, dessen diplomatische Vertretung den Reformplan wesentlich gefördert hat, ein unmittelbares Interesse. Durch seine großen wirtschaftlichen Unternehmungen in Kleinasien, die teils in überwiegend von Armeniern bewohnten Gebieten gelegen sind, teils unmittelbar an solche Gebiete heranführen, wird es auf die Pflege engerer Beziehungen zu den Armeniern hingewiesen, die ja in allen diesen Gegenden die Träger des wirtschaftlichen und des kulturellen Lebens sind.

Dazu besteht bereits seit Jahrzehnten zwischen Deutschland und Armeniern ein Austausch kultureller Art. Nach den Metzeleien von 1894-96 sind eine Anzahl deutscher Schulen, Waisenhäuser und Hospitäler in Armenien begründet worden, die dort deutsche Kultur verbreiten. Auf armenischer Seite wird schon längst das Studium deutscher Sprache, Literatur und Wissenschaft mit größtem Eifer betrieben. Mehrere hunderte von armenischen Studenten sind auf deutsche Hochschulen gekommen und haben Verbindungen mit Lehrern und Schülern unserer wissenschaftlichen Institute angeknüpft. Auch für die Erschließung der reichen Schätze des eigenen Volkstums haben sie hier Anregung und Förderung empfangen, da die Erforschung der Sprache,

¹ Vortrag anlässlich des Festaktes zum 100-jährigen Bestehen der Deutsch-Armenischen Gesellschaft am 14. Juni 2014 in Potsdam.

Geschichte, Literatur und Kunst Armeniens unter tätiger Mithilfe der deutschen Wissenschaft geschieht.

Alle diese Bestrebungen stehen aber ohne innere Verbindung zueinander. Weitverbreitete Vorurteile hindern die engere Gestaltung der deutsch-armenischen Beziehungen. Es gilt, unter beiden Völkern eine bessere Kenntnis der beiderseitigen Kultur anzubahnen und zu erhalten. Zu diesem Zwecke rufen wir alle Kreise auf, die aus wirtschaftlichem oder politischem, wissenschaftlichem oder humanem Interesse eine Pflege der deutsch-armenischen Beziehungen wünschen, sich mit uns in einer „Deutsch-Armenischen Gesellschaft“ zu vereinigen.“²

Der Gründungsaufwurf betont, es bestehe Aussicht, dass diesmal im Unterschied zu allen früheren Verhandlungen der armenischen Frage ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird. Worauf gründete sich diese Hoffnung?

Auf dem Berliner Kongress 1878 hatte sich das Osmanische Reich gegenüber den europäischen Großmächten in Art. 61 des Vertrages verpflichtet, in den von Armeniern bewohnten Provinzen in Ostanatolien weitreichende Reformen durchzuführen und über deren Vollzug zu berichten. In der Folge hatte das Osmanische Reich Reformen stets in Aussicht gestellt, die Reformpläne aber nicht umgesetzt. Auf Interventionsdrohungen der Großmächte regierte das Osmanische Reich unter Sultan Abdul Hamid II mit großen Massakern an den Armeniern 1894 - 1896. Doch 1913 hatte sich die Lage für die Türkei dramatisch verschlechtert. Die Türkei war nach den verlorenen Balkankriegen gegen Russland, Serbien, Bulgarien und Griechenland und nach der Niederlage gegen Italien in Libyen 1912, das auch Rhodos und den Dodekanes besetzt hatte, wirklich zum „kranken Mann am Bosphorus“ (Bismarck) geworden. Sie hatte ihren afrikanischen Herrschaftsbereich in Algerien und Tunis an Frankreich und in Ägypten an England bereits verloren. Ihr europäisches Territorium war 1912/13 auf das Umfeld von Konstantinopel geschrumpft, Mazedonien, Albanien und der Kosovo waren verloren. Auch der arabische Herrschaftsraum war durch den englischen Einfluss in Kuwait und im Jemen und durch die französischen Interessen in Syrien gefährdet. Die Türkei sah sich auf ihr Kernland Anatolien beschränkt und dieses an der Kaukasusgrenze durch Russland bedroht.³

Diese Schwäche der Türkei, die Absetzung des Sultans Abdul Hamid II 1908 und die Reformimpulse der Jungtürken gaben Anlass zu der Hoffnung, dass Reformen zugunsten der Armenier jetzt effektiv durchgesetzt werden könnten.

Die diplomatische Initiative ging zunächst von Russland aus. Gegen den Reformplan des russischen Gesandten André Mandelstam hatten aber die anderen europäischen Mächte Vorbehalte. Sie befürchteten, dass dieser Plan auf eine russische Besetzung der von Armeniern bewohnten Provinzen hinauslaufen könnte. Auch die deutsche Diplomatie hatte

² Ein Abdruck des Aufrufs findet sich in der von der Deutsch-Armenischen Gesellschaft herausgegebenen Festschrift 75 Jahre Deutsch-Armenische Gesellschaft, Mainz 1989, S. 46

³ M. Rainer Lepsius, Johannes Lepsius' politische Ansichten, in: Rolf Hosfeld (Hrsg.), Johannes Lepsius - Eine deutsche Ausnahme. Der Völkermord an den Armeniern, Humanitarismus und Menschenrechte, Göttingen 2013, S. 27 ff. (33)

ein Interesse an der Erhaltung und Stabilisierung der Türkei und ihrer Unabhängigkeit von Russland. In der Folgezeit fanden intensive Verhandlungen zwischen den Botschaftern der europäischen Großmächte und der Regierung des Osmanischen Reiches statt, in die auch führende Repräsentanten der Armenier und Vertreter des jungtürkischen Komitees einbezogen waren.

Bei diesen Verhandlungen hat Johannes Lepsius in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und der deutschen Botschaft in Konstantinopel eine Vermittlerrolle wahrgenommen.⁴ Aus einem Brief von Johannes Lepsius vom 27. April 1913 aus London an seine Frau Alice⁵ geht hervor, dass er zwei Tage zuvor in London an einer Armenien-Konferenz teilgenommen hat, an der das British Armenian Committee, Armenienkomitees Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz und offizielle Vertreter der Armenier teilgenommen haben. Die Konferenz habe festgestellt, dass die gegenwärtige Situation in Armenien eine Einmischung der europäischen Staaten notwendig mache und dass ein europäischer Generalgouverneur in Armenien eine internationale Kontrolle durchführen solle. Weiter schreibt Lepsius in diesem Brief, dass er auf der Konferenz mit Vertretern der englischen Liberalen, mit dem offiziellen Reformbeauftragten des Katholikos Aller Armenier, Boghos Nubar Pascha sowie mit weiteren deutschen, schweizerischen und armenischen Freunden zusammengetroffen sei. Er habe auf der Konferenz gegen die russischen Reformpläne für Armenien gesprochen. Es sei gut gewesen, dass der russische Vertreter nicht da war. Die Türkei und Armenien müssten zusammenbleiben.

Von Juni bis Ende September 1913 reiste Johannes Lepsius in Abstimmung mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Zimmermann, nach Konstantinopel, Libanon, Syrien, Mesopotamien und Griechenland. Aufschluss über die diplomatischen Aktivitäten von Lepsius geben u.a. Dokumente deutscher Diplomaten. Am 8. August 1913 schreibt Botschafter von Wangenheim in einer privaten Nachricht an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin: „Augenblicklich weilt hier Dr. Lepsius, der bekannte Armenierfreund. Er hat großen Einfluss auf die Armenier und versucht in diesem Augenblicke, die letzteren dahin zu bringen, dass sie sich angesichts der schweren Durchführbarkeit des russischen Projektes an die Botschafter mit der Bitte wenden, wenigstens für eine Durchführung und Verbesserung des türkischen Projekts Sorge zu tragen.“⁶ Und nur zwei Tage später meldet von Wangenheim telegraphisch an das Auswärtige Amt in Berlin: „ Dr. Lepsius hat mit armenischem Aktionskomitee verhandelt und erreicht, dass Projekt Mandelstam fallengelassen wurde. Mächte treten bei Pforte für türkisches Programm mit bestimmten Punkten des russischen Programms und einigen Zusätzen ein.“⁷

⁴ Manfred Aschke, *Christliche Ethik und Politik. Johannes Lepsius über die Gebote der Bergpredigt und die legitimen sozialen Ordnungen*, in: Rolf Hosfeld (Fußnote 2), S. 69 ff. (71 f.)

⁵ Lepsius-Archiv, Katalog NC 17829

⁶ Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Friedrich Thimme (Hrsg.), *Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914: Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, Berlin 1922 ff., Band 38, S. 130

⁷ Ebenda S. 132

Johannes Lepsius konnte dazu beitragen, dass die Armenier und die Großmächte sich auf eine gemeinsame Stellungnahme einigten. Die Türkei lehnte die Forderungen aber zunächst ab. Sie hatte die Eingliederung von Zehntausenden von türkischen Flüchtlingen und Vertriebenen aus Mazedonien und Bulgarien in Anatolien zu bewältigen.⁸ Schließlich sah sich die inzwischen von den Jungtürken beherrschte osmanische Regierung im Februar 1914 aber doch gezwungen, den Reformvertrag zu unterschreiben. Der Vertrag sah im Wesentlichen die Schaffung von zwei Provinzen in den von Armeniern bewohnten Gebieten Anatoliens vor, die jeweils einem ausländischen Generalinspekteur unterstellt werden sollten. Die Gendarmerien sollten paritätisch von Armeniern und Türken besetzt werden. Christen und Muslime sollten vor Gericht gleichgestellt sein und Armenisch sollte als zweite Amtssprache anerkannt werden.⁹

Wenn wir uns ein Bild davon machen wollen, welche Aufgaben sich der Deutsch-Armenischen Gesellschaft im Fall einer nachhaltigen Umsetzung des Reformvertrages von 1913/1914 gestellt hätten, können wir auf einige Überlegungen zurückgreifen, die Johannes Lepsius über „Die Zukunft der Türkei“ - so der Titel eines vor der Reise erschienen Artikels - angestellt hat.

¹⁰ Lepsius sah in den Christen, Griechen, Armeniern und Syrern die Basis für eine Modernisierung der Türkei. Die Christen seien die kulturell und wirtschaftlich aktiven und fortschrittlichen Bevölkerungsteile, sie hätten einen höheren Bildungsgrad, beherrschten auch Fremdsprachen, Handel und Gewerbe lägen in ihren Händen. Die Integration der Armenier als Träger der Landesentwicklung und als Schutzwall gegen Russland liege auch im Interesse der Türkei. Lepsius meinte, obwohl die Christen nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, müsse man ihnen ihre wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit zuerkennen. Die weitverzweigten Schulorganisationen der Amerikaner hätten die Armenier angezogen, wogegen die Mohammedaner christliche Schulen grundsätzlich mieden. Die Türkei müsse ein vitales Interesse an der Durchführung der armenischen Reformen haben. Wenn es darauf ankomme, die Armeniern mit der Türkei zu versöhnen, könnte Deutschland dazu manches beitragen. Deutschland habe bei einem Zusammenbruch der Türkei nichts zu gewinnen.

In einem „Brief aus der Türkei“ vom 26. Juni 1913 schreibt Johannes Lepsius:¹¹

„Den Aufenthalt in Smyrna und Beirut benutzte ich unter anderem dazu, das deutsche und ausländische Schulwesen zu studieren. Was in der Türkei die deutsche Sprache im Vergleich zur französischen und englischen bedeutet, davon kann sich jeder Reisende überzeugen. Man kann sich mit allen halbwegs Gebildeten französisch oder englisch unterhalten, deutsch fast nie. Gäbe es nicht deutschredende Juden, so würde man das Deutsche nur in den kleinen deutschen Diasporagemeinden antreffen. Im osmanischen Staatswesen ist neben dem Türkischen das Französische Amtssprache. Alle jungen Türken, die in den Staatsdienst eintreten wollen, lernen Französisch. Im türkischen Staatsschulwesen ist das Französische Selbstverständlich obligatorisch. Von den christlichen Elementen neigt das griechische, wie

⁸ M. Rainer Lepsius, a.a.O., S. 34

⁹ Rolf Hoffeld, Operation Nemesis. Die Türkei, Deutschland und der Völkermord an den Armeniern, 2. Aufl., Köln 2009, S. 112

¹⁰ Johannes Lepsius, Die Zukunft der Türkei, COJL 14 (1913), S. 36 ff. und S. 73 ff.

¹¹ Johannes Lepsius, Brief aus der Türkei, COJL 14 (1913), S. 126 ff.

auch im Königreich Hellas, zur französischen Kultur und Sprache. Ebenso die Mehrzahl der mit Rom unierten orientalischen Kirchen, sofern nicht hier das Italienische in gewissen Ordensschulen gepflegt wird. Selbst Russland unterhält ein ausgebreitetes Schulwesen in Palästina und Syrien, um seinen Einfluss auf die arabisch sprechenden orthodoxen Gemeinden im Gegensatz zum Patriarchat aufrechtzuerhalten. Die englische Sprache wäre im Orient neben dem Französischen, und in zweiter Linie dem Italienischen gar nicht aufgekommen, wenn nicht die Amerikaner durch ihre beiden Missionsgesellschaften, den American board und den Presbyterian board ein großartiges Schulsystem in der Türkei geschaffen hätten, das im Verein mit englischen Missionsschulen der englischen Sprache eine Ausbreitung verschafft hat, die es fast mit der französischen Sprache aufnehmen kann.“ Und weiter: „Während in der ganzen Türkei die französische und englische Sprache die größten Eroberungen macht, das französische und amerikanisch-englische Schulsystem dem Handel und der Industrie dieser Lande die wertvollsten Pionierdienste leistet, ist Deutschland, das für das Land der Schulen par excellence gilt, das, wie man auch im Orient weiß, die besten Unterrichtsmethoden und wissenschaftlichen Institute besitzt, mit seinem Schulwesen völlig im Hintertreffen geblieben.“ Lepsius geht den Gründen dafür nach und bemerkt, was den Deutschen gefehlt habe, sei die Unterstützung des Kapitals und lange Zeit die Hilfe des Reiches. Erst seit der Kaiserreise nach Jerusalem sei eine Wandlung eingetreten, so dass jetzt auch das deutsche Schulwesen von Seiten des Reiches unterstützt und gefördert werde. Und schließlich fragt Lepsius: „Was leistet Deutschland in kultureller Hinsicht für die Türkei? - So gut wie nichts. Es sorgt für seine eigenen kleinen Diasporagemeinden, und das dürftig genug. Den Eroberungen, die die französische und englische Sprache in der Türkei macht, sieht es untätig zu. Die öffentliche Meinung hat die Aufgaben Deutschlands in der Türkei noch kaum begriffen.“

Nach der Vorstellung von Johannes Lepsius sollte die Türkei zu einem „islamischen Kulturstaat“ werden. Dies werde über Jahrzehnte dauern. Ein wachsender Einfluss deutscher Kultur über die Missionsgesellschaften und deutsche Schulen, auch über die deutschen Militärberater und Wirtschaftsunternehmen, sollte dazu beitragen.¹²

Diese Textstellen sollten genügen, um deutlich zu machen, welche kulturellen Aufgaben Johannes Lepsius - und das dürfte ähnlich für alle an der Gründung einer Deutsch-Armenischen Gesellschaft mitwirkenden und unterstützenden Personen gelten - einer Vereinigung gestellt sah, die sich der Modernisierung der Türkei von innen (mit einer maßgeblichen Rolle der Armenier) und von außen (durch Verstärkung des deutschen Einflusses) verschreiben würde. Die Vorstellung eines wachsenden Einflusses deutscher Kultur und Sprache in einer reformierten und modernisierten Türkei und die Idee einer Erschließung großer Gebiete durch die Bagdad-Bahn und neue Bahnstrecken in Anatolien, die große Investitionen der deutschen Wirtschaft erlauben würde, war äußerst attraktiv und konnte das Interesse von politisch ganz unterschiedlichen Kräften auf sich ziehen. Sie erklären das große und verbreitete Interesse an der Gründung der Deutsch-Armenischen Gesellschaft.

Auch bei diesem Festakt aus Anlass des 100-jährigen Bestehens der Deutsch-Armenischen Gesellschaft dürfen einige kritische oder zumindest skeptische Anmerkungen nicht fehlen.

¹² M. Rainer Lepsius, a.a.O., S. 36

Aus heutiger Sicht muss ein Denken, das sich in erster Linie an der Konkurrenz Deutschlands mit den anderen europäischen Großmächten orientiert, befremden. Das imperialistische Denken, das spätestens um die vorige Jahrhundertwende auch das liberale Bürgertum fast alternativlos erfasst hatte,¹³ wurde durch eine aus heutiger Sicht nur schwer nachvollziehbare Angst beherrscht, durch die Vorstellung, dass der Kampf der nationalen Großmächte um die Weltherrschaft früher oder später damit enden würde, dass eine Großmacht die ganze Welt beherrscht und die Verlierer dieses Kampfes dies mit dem Verlust jeglicher politischer und kultureller Autonomie bezahlen müssten. Deutschland also als englische Provinz mit Englisch als Amtssprache. Die Vision stabiler europäischer Institutionen, die eine Integration der Nationalstaaten in eine umfassende wirtschaftliche und politische Union mit friedenssichernder Wirkung gewährleistet, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg Wirklichkeit geworden ist, spielte noch keine Rolle. Wir wissen heute, welche katastrophalen Folgen das übersteigerte nationalstaatliche Denken für die Geschichte Europas hatte, zumal dann, wenn es mit sozialdarwinistischen und rassistischen Ideen aufgeladen wurde. Zahlreiche neue Monographien und auch die große Ausstellung in Berlin über den Ersten Weltkrieg belegen dies.

Es wäre aber unredlich, allen denen, die wie selbstverständlich im Kontext des Kampfes der Großmächte um die Weltmacht geredet und geschrieben haben, die Intention zu unterstellen, dass sie gewollt oder doch in Kauf genommen hätten, was dann mit dem Ersten Weltkrieg und seinen Folgen eingetreten ist. Johannes Lepsius jedenfalls hatte die Vorstellung eines friedlichen geistigen Kampfes. In dem schon zitierten Artikel über „Die Zukunft der Türkei“ schreibt er: „Man wundere sich nicht, dass wir hier für die Erhaltung der Türkei eintreten. Es ist nicht allein das Interesse Deutschlands, das für unsere Auffassung bestimmend ist, wir haben ein größeres Ziel im Auge. Der Orient, und zwar der muhammedanische Orient, braucht Zeit, um sich mit der europäischen Kultur und Geistesbildung auseinanderzusetzen. Das Evangelium will den Widerstand, auf den es in der Welt stößt, nicht zerbrechen, sondern unter die Macht des Geistes beugen. Das Böse mit Gutem zu überwinden, das ist sein weltüberwindendes Geheimnis.“¹⁴ Welche Konflikte oder inneren Zerreißproben aber auf die Deutsch-Armenische Gesellschaft zugekommen wären, wenn sie die Chance gehabt hätte, an der Reform und Modernisierung der Türkei mitzuwirken, lässt sich nur erahnen.

Die Geschichte ist, wie wir alle wissen, anders verlaufen. Sie hat zum ersten systematischen Völkermord des gewaltsamen 20. Jahrhunderts, zum Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich geführt.

Neuere Forschungen legen nahe, dass bereits während der Verhandlungen eine feindselige Haltung der Jungtürken gegen die Armenier zutage getreten ist. Die „wirklichen Verhandlungen“, schreibt Raymond Kévorkian,¹⁵ begannen jedoch erst, nachdem die

¹³ Vgl. dazu nur Wolfgang J. Mommsen, Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Liberalismus, in: Karl Holl, Günther List (Hrsg.) Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890-1914, S. 109 ff.

¹⁴ Johannes Lepsius, Die Zukunft der Türkei, COJL 14 (1913), S. 36 ff. und 73 ff. (85)

¹⁵ Raymond Kévorkian, The Armenian Genocide. A Complete History, New York 2011, S. 162

Botschafterkonferenz zu einem Ende gekommen war, tatsächlich erst, nachdem Deutschland und Russland Übereinstimmung über die wesentlichen Punkte erzielt hatten, am 25. Oktober 1913. Über die letzte Phase der Verhandlungen, die unmittelbar zwischen den Armeniern und den Jungtürken geführt wurden, schreibt Krikor Zohrab, einer der maßgeblichen Verhandlungsführer auf armenischer Seite, nach einem Treffen am 20. Dezember 1913 in seinem Hause mit dem jungtürkischen Führer Halil in seinem vor kurzem veröffentlichten Tagebuch nach der Wiedergabe bei Kévorkian:¹⁶

„Die Türken würden eher sterben als ein Eingreifen irgendwelcher Art von Seiten der Mächte in der armenischen Frage zu akzeptieren, obwohl sie wissen, dass das Land mit ihnen sterben würde. Sie sehen dies als ... eine Frage von Leben und Tod für die ganze Türkei und ihre Partei an.“

Nach einem Jahr der Verhandlungen, der Verzögerungen, der Annäherungen und der Rückschläge hätten beide Seiten das Ende der Straße erreicht.

Am 8. Februar wurde das Abkommen offiziell unterzeichnet. Kévorkian resümiert:

„Am Ende dieses Ringkampfes, der sich über mehr als ein Jahr erstreckt hatte, hatten die offiziellen armenischen Organisationen ihre Hauptziele erreicht. Inzwischen war aber die Regierungsgewalt aus den Händen der Liberalen in die Hände eines radikalen jungtürkischen Kabinetts übergegangen, das letzten Endes nur unter dem starken Druck von Seiten der Mächte Zugeständnisse machte. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass Ittihad den Reformen gegenüber zutiefst feindlich geblieben war, die es als den ersten Schritt in einen separatistischen Prozess ansah. Es schien, dass nichts Jungtürken und Armenier versöhnen konnte, die sich nun angespannt gegenüberstehen, wie ein Paar, das schon zur Scheidung entschlossen ist.“¹⁷

Nach einer Serie von militärischen Niederlagen, schreibt Taner Akcam,¹⁸ kamen die osmanischen Führer zu der Überzeugung, dass die armenischen Reformen zu einer tödlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit und der territorialen Integrität des Reiches geworden war. Für die Jungtürken war die Bildung von zwei Provinzen mit je einem ausländischen Inspektor, der mit voller Autorität ausgestattet sein sollte, ein vielleicht tödlicher Schritt, denn Serbien, Griechenland, Rumänien und Bulgarien waren gerade durch einen solchen Prozess für das Osmanische Reich verloren gegangen.

Für die Entscheidung, an der Seite Deutschlands in den Krieg einzutreten, sprach nicht zuletzt das Motiv, dass die Türkei sich dadurch von den Reformverträgen von 1913-14 befreien konnte.

Der Weltkrieg und der Völkermord veränderten die Welt auch für die Deutsch-Armenische Gesellschaft fast schlagartig von einem Tag auf den anderen. Nur zwei Monate nach der Gründung der Deutsch-Armenischen Gesellschaft brach der Erste Weltkrieg aus. Am 24. April

¹⁶ Ebenda S. 162 (eigene Übersetzung aus dem Englischen)

¹⁷ Ebenda S. 165 (eigene Übersetzung aus dem Englischen)

¹⁸ Taner Akcam, *The Young Turks' Crime against Humanity*, Princeton 2012, S. 125

1915 begann im Schatten des Weltkrieges der Völkermord an den Armeniern. Damit hatte sich auch die Perspektive für die Deutsch-Armenische Gesellschaft tiefgreifend verändert. Nicht nur die Arbeitsbedingungen und Kommunikationsmöglichkeiten waren beschränkt. Die zentrale Aufgabe bestand nun darin, Hilfen für Armenier, die sich in Deutschland aufhielten, zu organisieren. Vor allem aber hatten die Ereignisse jeden Gedanken an eine führende Rolle der Armenier bei der Modernisierung der Türkei hinweggefegt. Das Überleben und die Zukunft des armenischen Volkes standen auf dem Spiel. An die Stelle einer leuchtenden Zukunftsperspektive, an die Stelle der Vision einer Schweiz im Orient mit armenischer Beteiligung und deutscher Hilfe auf dem Boden des Osmanischen Reiches trat der Blick auf eine humanitäre, moralische und politische Katastrophe. In dem Geschäftsbericht, den er als Generalsekretär auf der Generalversammlung der Deutsch-Armenischen Gesellschaft am 21. Mai 1919 erstattete,¹⁹ sagte Ewald Stier: „Mit vollen Segeln fuhren wir damals aus. Wir hatten unsere Fühler weithin gestreckt, nach überall, wo Armenierfreunde waren und wir Verständnis für die Zwecke unserer Gesellschaft zu finden hofften, nach Paris und Genf, Kopenhagen und Kristiania, Wien und Budapest, vor allem nach Rußland. Da kam, als wir eben die zweite Nummer unserer Zeitschrift herausgeben wollten, für die das Manuskript fertig dalag, der Krieg und schnitt uns vom Auslande ab.“

Der Geschäftsbericht von Ewald Stier gibt einen guten Einblick in die Aufgaben und Herausforderungen, die sich der Deutsch-Armenischen Gesellschaft jetzt stellten. Im Vordergrund stand zunächst die Hilfe für die Armenier, die sich in Deutschland aufhielten. Der größte Teil stammte aus Russland und war mit Beginn des Krieges den für die feindlichen Ausländer geltenden Bestimmungen unterworfen. Dem Vorstand gelang es, dass eine erhebliche Zahl von russischen Armeniern Reisepässe für das Ausland erhielt, dass Armenier vor der Verbringung in Konzentrationslager bewahrt oder daraus befreit wurden und dass armenische Studenten an preußischen Hochschulen weiterstudieren konnten. Verschiedentlich konnten in Not geratene Armenier mit Geldmitteln unterstützt werden. Nachdem zwischen Deutschland und der Türkei auch die gegenseitige Auslieferung der militärpflichtigen Staatsangehörigen vereinbart worden war, hatten die türkischen Armenier große Bedenken, sich zum türkischen Militärdienst zu stellen. Hier konnte unter Vermittlung der Gesellschaft eine Lösung erreicht werden.

Schon im November 1914 wurde der Gesellschaft eine Bitte der deutschen Botschaft in Konstantinopel übermittelt, beim Ausbruch des Krieges zwischen Russland und der Türkei auf die türkischen Armenier einzuwirken, damit diese loyal blieben. „Wir glaubten“, so Stier, „uns dem nicht entziehen zu können.“ Die Gesellschaft forderte allerdings vom Auswärtigen Amt eine Erklärung, dass Deutschland nach Beendigung des Krieges sich für die Wiedereinsetzung des von der Türkei eben für ungültig erklärten Vertrages über die armenischen Reformen einsetzen werde. Eine entsprechende Erklärung wurde von Unterstaatssekretär Zimmermann unterschrieben. Daraufhin entsandte die Deutsch-Armenische Gesellschaft eines ihrer

¹⁹ Geschäftsbericht der Deutsch-Armenischen Gesellschaft. Erstattet auf der Generalversammlung am 21. Mai 1919 von Generalsekretär Ewald Stier, [www.armenocide.de/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$Alldocs/1919.05.21.DE-001](http://www.armenocide.de/armenocide/armgende.nsf/$$Alldocs/1919.05.21.DE-001). Im Folgenden stützt sich die Darstellung auf diesen Geschäftsbericht, dem auch die folgenden wörtlichen Zitate entnommen sind.

Vorstandsmitglieder, Dr. Liparit Nasariantz, mit der genannten Bitte und der Erklärung des Auswärtigen Amtes an das armenische Patriarchat und den Vorstand der Partei Daschnakzutiun. Die Berichte, die er im Februar 1915 an die Deutsch-Armenische Gesellschaft und auch an das Auswärtige Amt schickte, ließen das kommende Unheil aber schon ahnen.

Im April 1915 begann für die Deutsch-Armenische Gesellschaft eine Zeit der angespannten Arbeit mit dem Ziel, das Auswärtige Amt zur Hilfeleistung für die Armenier zu bewegen. Am 9. Oktober 1915 fand in Berlin auf Einladung der deutsch-evangelischen Missionshilfe eine Versammlung aller am Orient interessierten Gesellschaften statt, auf der Johannes Lepsius auf der Grundlage seiner Informationsreise nach Konstantinopel im Juli und August einen ersten erschütternden Bericht über die Vorkommnisse in der Türkei erstattete. Das Ergebnis der Versammlung war eine längere Eingabe an den Kanzler des Deutschen Reiches, die die Unterschrift von 50 namhaften Vertretern der deutschen evangelischen Christenheit trug, unter ihnen die vier Vorstandsmitglieder der Deutsch-Armenischen Gesellschaft Lepsius, Rade, Rohrbach und Stier. Der Reichskanzler beantwortete die Eingabe dilatorisch. Praktische Folgen hatte sie nicht.

Einen Schwerpunkt der Arbeit bildete die Sammlung von Spendengeldern, zum Teil über die Deutsche Orient- und Islamkommission, zum Teil mit eigenen Aufrufen, mit denen u.a. das Hilfswerk der Deutschen Orientmission in Urfa unterstützt wurde.

Ewald Stier schildert die vielfachen vergeblichen Versuche der Gesellschaft, mithilfe deutscher diplomatischer Stellen bei der türkischen Regierung eine Reiseerlaubnis für humanitäre Hilfsaktionen zu erwirken, und die literarischen Bemühungen der Gesellschaft, sich für die gerechte Sache der Armenier einzusetzen. Die Versuche, Auswärtiges Amt und Reichskanzler zur Hilfe für die Armenier zu bewegen, verliefen stets nach dem gleichen typischen Muster: Die Deutsch-Armenische Gesellschaft richtet eine Eingabe an das Auswärtige Amt, in der die Ereignisse und die Besorgnisse über das Schicksal der armenischen Bevölkerung dargestellt werden. Sie erhält darauf eine beschwichtigende Antwort, manchmal mit dem Hinweis, dass die türkische Regierung erklärt habe, es bestehe kein Grund zur Besorgnis. Damit verbunden ist dann die Bitte an die Deutsch-Armenische Gesellschaft, ihre armenischen Verbindungen zu nutzen und vermittelnd tätig zu werden und die Armenier von bestimmten Aktivitäten abzuhalten.

„Unsere literarische und Vortragstätigkeit während des Krieges“, berichtet Stier, „hatte trotz ihres bescheidenen Umfangs das Aufsehen der türkischen Botschaft erregt, die ja in Deutschland einen ausgebreiteten Erkundungsdienst unterhielt und fast restlos über die deutsche Presse verfügte. Auf ihre Beschwerde hin wurden wir von einer dem Auswärtigen Amt nahestehenden Persönlichkeit ersucht, diese unsere Tätigkeit einzustellen, die angeblich nur Unruhe schaffe ohne den Armeniern etwas Positives bringen zu können, und uns bei Entgegenkommen in dieser Sache Unterstützung bei praktischer Liebestätigkeit zugesagt. Es wurde uns die Vermittlung von bedeutenden Geldsummen, wie wir sie bei der Unmöglichkeit öffentlich zu sammeln niemals hätten zusammenbringen können, und die Erwirkung der Reiseerlaubnis für eine von uns zur Unterstützung der Armenier in den Deportationslagern zu

entsendende Kommission - beides konnte freilich nachher nicht gehalten werden - und die Erlaubnis zur Anknüpfung von Verbindungen mit den Armeniern im neutralen Auslande zugesagt. Da wir bei den Machtmitteln der Regierung sowieso fürchten mussten, dass unsere Propagandatätigkeit unterbunden werden würde, nahmen wir unter Festhaltung unseres grundsätzlichen Standpunktes das Angebot an. Der Generalsekretär konnte infolgedessen im Oktober 1916, der stellvertretende armenische Vorsitzende im Juni 1917 nach der Schweiz reisen und dort Konferenzen mit den Armeniern in Genf und den Schweizer Komitees für die Armenier in Basel, Genf, Bern und Zürich abhalten. Das Ergebnis dieser Reisen war eine Umfrage bei den deutschen Konsuln nach der Lage der deportierten Armenier, die uns wertvolle Auskünfte brachte, die weitere Belegung der Sammlungen für die Opfer der Deportation in der Schweiz und durch deren Vermittlung in Skandinavien - in Holland hatte unser Vorsitzender bei seinem dortigen längeren Aufenthalt ein Hilfskomitee begründet - und die Verständigung der Schweizer Freunde über die Lage in Deutschland. Das vornehmste Ziel, die Entsendung einer Hilfsexpedition, konnte, wie bereits ausgeführt ist, leider nicht erreicht werden.“

Die Resultate der Vereinbarungen mit dem Auswärtigen Amt waren bescheiden. Zwar sagte das Auswärtige Amt zu, auf die deutsche Presse einzuwirken, dass sie keine armenierfeindlichen Artikel mehr bringen sollte. Tatsächlich ist bei den Berliner Pressebesprechungen mit der Oberzensurbehörde am 29. September 1916 der Wunsch ausgesprochen worden, dass die Presse sich in dieser Hinsicht Beschränkungen auferlegen solle, nachdem die deutschen Armenierfreunde ihrerseits auf eine Vertretung ihres Standpunktes in der Presse verzichtet hatten. Indes legten sich weder die türkische Botschaft und die Agence Milli noch die nationalistischen deutschen Zeitungen und Zeitschriften Zurückhaltung auf.

Stier berichtet weiter vom Versuch der Deutsch-Armenischen Gesellschaft im Frühjahr 1918, das Auswärtige Amt auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die den Armeniern im Kaukasus drohten, nachdem die Türken nach dem Rückzug der Russen in der Folge des Friedens von Brest-Litowsk die kaukasische Grenze überschritten und die Agence Milli von den angeblichen Greuelthaten armenischer Banden berichtete. Das Auswärtige Amt erklärte, die Besorgnis, dass die von Milli gemeldeten Ausschreitungen armenischer Banden zu allgemeinen Maßregeln gegen armenische Bevölkerung Anlass geben könnten, sei „nach hier vorliegenden Erklärungen der türkischen Regierung nicht begründet. Als sich zeigte, dass die Besorgnis der Vernichtung auch der kaukasischen Armenier berechtigt war, wandte sich die Deutsch-Armenische Gesellschaft an führende Parlamentarier, zunächst an Friedrich Naumann, und brachte ihre Besorgnis mehrfach mündlich im Auswärtigen Amt zur Sprache. Dort legte man der Deutsch-Armenischen Gesellschaft nahe, die Armenier zu beeinflussen, dass sie von dem für sie aussichtslosen Widerstand gegen Zusicherung der Amnestie Abstand nehmen sollten. Zugleich wurde die Deutsch-Armenische Gesellschaft gebeten, auf die Armenier in Genf einzuwirken, die angeblich die Entente zum Eingreifen in Armenien aufgefordert hätten, dass sie im Interesse der Armenier von solchen Schritten Abstand nehmen sollten. Die Deutsch-Armenische Gesellschaft erklärte sich nur zur Vermittlung

bereit, wenn wirksame Garantien zum Schutz der Armenier gegeben würden, nicht aber zur einseitigen Beschwichtigung der Besorgnisse der Armenier.

Ende April 1918 kam eine Delegation des armenischen Nationalrats innerhalb der kaukasischen Republik nach Berlin, um die deutsche Regierung um ihre Hilfe zu bitten. Die Deutsch-Armenische Gesellschaft führte sie beim Auswärtigen Amt ein und ermöglichte ihr mehrfache Rücksprachen mit den maßgebenden Parlamentariern. Auf Veranlassung der Deutsch-Armenischen Gesellschaft veranstaltete der Abgeordnete Friedrich Naumann eine Besprechung im Reichstagsgebäude, an der u.a. auch die damaligen Abgeordneten Ebert, Scheidemann, Noske und Südekum teilnahmen. Naumann brachte die armenische Sache am 6. Mai im Reichstagsausschuss zur Sprache. Die Deutsch-Armenische Gesellschaft richtete Eingaben an den Reichstag und an den Reichskanzler Graf Hertling.

„Diesmal gelang es aber in der Tat“, so Ewald Stier, „Unheil abzuwehren. Wenn die deutschen Proteste auch die Metzeleien in Olti, Ardahan und Baku nicht verhindern konnten, so ist dem tatkräftigen Eingreifen deutscher Offiziere nicht bloß die Rettung einzelner Armenier, sondern die Bewahrung des Restes der armenischen Nation zum großen Teil zu verdanken.“

Ein krasserer Wandel als die Veränderungen der politischen, militärischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, denen sich die Deutsch-Armenische Gesellschaft praktisch mit ihrer Gründung ausgesetzt sah, ist kaum denkbar. Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten und Beschränkungen der Arbeit unter Kriegsbedingungen und der weitgehenden Vergeblichkeit aller Versuche, zur Rettung der Armenier oder wenigstens zu humanitärer Hilfe beizutragen, hätte es kaum verwundern können, wenn die Deutsch-Armenische Gesellschaft, kaum ins Leben gerufen, sogleich wieder auseinandergebrochen wäre. Dass dies nicht geschehen ist, dass die Deutsch-Armenische Gesellschaft das Mögliche getan oder doch versucht hat, ist eben ein Beleg dafür, dass ihre Gründer und Mitarbeiter nicht nur in guten Tagen, sondern auch im tiefen Leiden und Schmerz an der Seite der verfolgten Armenier gestanden haben. Es hat nicht nur das Schweigen der deutschen Regierung zum Völkermord gegeben, sondern auch gesellschaftliche Initiativen zu humanitärer Hilfe und Aufklärung. Dazu gehörte auch die Deutsch-Armenische Gesellschaft.

Das war die Grundlage, auf der sich die Deutsch-Armenische Gesellschaft über einen Zeitraum von 100 Jahren und über weitere dramatische Änderungen der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen der Aufgabe widmen konnte, den kulturellen Austausch zwischen Deutschen und Armeniern und die deutsch-armenischen Beziehungen zu pflegen.

Ich wünsche der Deutsch-Armenischen Gesellschaft, dass sie sich stets an das Vermächtnis ihrer schwierigen Anfänge erinnert und daraus auch für die Zukunft Vitalität und Standfestigkeit gewinnt.

